

„Wir leben nur noch von neuen Schulden“

CDU-Wirtschaftsexperte Kurt Lauk fordert drastische Einschnitte, um das Defizit abzubauen

Schuldenmacherei und Koalitionsstreit müssen ein Ende haben, fordert Kurt Lauk, der als Präsident des Wirtschaftsrats der CDU die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber der Partei vertritt. In der **BZ AM SONNTAG** erläutert er seine Vorschläge.

Wann geht Schwarz-Gelb vom Dauerstreit zum Regieren über?

Der Koalitionsvertrag wurde schnell und nicht präzise genug verhandelt. Das wird nun nachgeholt, aber erschwert, wenn sich die CSU als wichtiger Koalitionspartner öffentlich streitet.

Deutschland braucht Lösungen und keinen Streit.

Welche Lösungen?

Haushaltssanierung, Hartz-IV- und Gesundheitsreform sind die wichtigsten Ziele.

Was heißt Sanierung?

Im Bundesetat 2010 stehen 177 Milliarden Euro für Sozialleistungen und 38 Milliarden für Schuldzinsen. Diesen 215 Milliarden Euro stehen 212 Milliarden Steuereinnahmen des Bundes gegenüber. Das zeigt, der Bund kann heute schon

Sozialleistungen und Zinsen nicht mehr mit den Steuereinnahmen finanzieren. Wir leben nur noch von neuen Schulden. Deshalb muss dringend gespart werden.

Wo?

Das beginnt mit dem Umbau der Sozialsysteme. Der Missbrauch von Hartz IV muss halbiert werden, um drei Milliarden Euro zu sparen. Bei den öffentlichen Beschaffungen von Bund, Ländern und Kommunen können mehr Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb 26 Milliarden bringen. Außerdem schlage ich die Einführung des ein-

heitlichen Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent für alles vor. Es gibt keinen Grund, für Hun-

defutter und Porno-Hefte den reduzierten, aber für Babynahrung und Medikamente den vollen Satz zu erheben. Die Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes bringt 15 Milliarden. Mit einer besseren Einbindung von Zuwanderern in die Arbeitswelt können 16 Milliarden eingespart werden. Das wären dann schon 45 Milliarden.

Wieso Zuwanderer?

Zum nötigen Umbau der Sozialleistungen gehören die Zuwanderer. Von 7,8 Millionen, die zu uns kommen, gehen nur 1,8 Millionen Menschen einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Wir müssen die massive Zuwanderung in unsere Sozialsysteme beenden und den Mut haben zu sagen, wer zu uns kommen will, muss einen Beruf ausüben können. Dadurch sparen wir 16 Milliarden Euro im Jahr. Es gibt also genug Spielraum für Steuer- und Gesundheitsreform.

Welche Steuerreform?

Im ersten Schritt muss die Steuervereinfachung ohne Mindereinnahmen für den Staat kommen. Das bedeutet Streichung der vielen Ausnahmen – bei der Mehrwertsteuer und bei der Lohn- und Einkommensteuer.

Und als Kassenbeitrag kommt die Kopfpauschale gegen

den Willen der CSU?

Das Prämienmodell ist sozial gerechter. Denn über ihren hohen Steueranteil zahlen die Reichen den Sozialausgleich für ärmere Beitragszahler. Außerdem brauchen wir mehr Transparenz. Dazu muss künftig jeder Patient über jede Leistung mit einer Rechnung informiert werden.

Was sagen Sie zum neuen Vorschlag von Familienministerin Schröder?

Der Denkanstoß zur häuslichen Pflege ist gut, die Umsetzung aber fern der Praxis und geht an der unternehmerischen Wirklichkeit vorbei.

Man kann nicht einen Rechtsanspruch ins Gesetz schreiben, der jedem Arbeitnehmer in jedem Betrieb für zwei

Jahre die Reduzierung der Arbeitszeit auf 50 Prozent ermöglicht. **So etwas geht nur auf freiwilliger**

Basis mit Betrieben, in denen das auch in der Praxis möglich ist.



DAS SONNTAGS INTERVIEW
VON FRIEDEMANN WECKBACH-MARA

Kurt Lauk (63), Stimme der Unternehmer in der CDU

FOTO: SCHICKE

